

## **„Die Situation der politischen Bildung in Bremen auf dem Prüfstand“**

**Autorengruppe Forum „Politische Bildung“**

Das Forum Politische Bildung vereint Akteure, die mit unterschiedlichen Interessen und Zielgruppen im Bereich der politischen Bildung in Bremen Verantwortung übernehmen. Das Forum hat das Ziel, Politische Bildung im Land Bremen als zentrale gesellschaftliche Zukunftsaufgabe in ihrer Vielfalt zu erhalten und zu stärken, sowie sie mit Blick auf anstehende gesellschaftliche Herausforderungen didaktisch und methodisch weiter zu entwickeln. Demokratische Strukturen sind keine Selbstverständlichkeit, sondern müssen immer wieder aufs Neue verhandelt und erlernt werden. Politische Bildung muss die Auseinandersetzung mit gesellschaftlichen Problemlagen fördern, die Demokratie gefährden können. Aktuell sind das vor allem eine wachsende Spaltung der Gesellschaft in wohlhabende und prekäre Lebenslagen, ökonomische Krisen und politische Konfliktherde mit globaler Reichweite sowie Probleme und Widerstände bei der Neugestaltung der Einwanderungsgesellschaft. Auch die Folgen dieser Entwicklungen stellen die politische Bildungsarbeit vor weitere Herausforderungen. Sie muss einen Umgang finden mit dem Ausschluss ganzer Gruppen an politischer Teilhabe, mit Phänomenen von politischer Resignation und mit zunehmend sichtbaren Ressentiments gegenüber leicht zu stigmatisierenden Gruppen.

Die politische Beteiligung im repräsentativen System der Demokratie, wie die Ausübung des Wahlrechts, kann als politisch verantwortungsvoller Akt nur ausgeübt werden, wenn die Wähler\_innen sich der Legitimationsfunktion und der Bedeutung parlamentarischer Strukturen bewusst sind. Dafür ist der systematische Erwerb von Grundlagenkenntnissen im Sinne von Deutungswissen über Kernkonzepte der Demokratie nötig.

Um diese Aufgaben zu bewältigen, sind gute Rahmenbedingungen und angemessene Ressourcen in allen Bereichen unerlässlich, in der schulischen und der außerschulischen Jugendbildung ebenso wie in der Erwachsenenbildung. Mit diesem Papier macht das Forum „Politische Bildung“ auf Fehlentwicklungen in den Bereichen der schulischen politischen Bildung und in der politischen Erwachsenenbildung im Lande Bremen aufmerksam:

### **Verschlechterung der schulischen politischen Bildung**

Kinder und Jugendliche sollten im Laufe ihrer Schulzeit Fähigkeiten für eine aktive Teilhabe an demokratischen Strukturen und Prozessen entwickeln. Die Entwicklung politischer Analyse- und Urteilsfähigkeit hat ihren originären Ort im Politikunterricht. Diese werden in der Regel nicht in partizipatorischen Schulprojekten erworben. Im Politikunterricht kann auch die Beteiligung an politischen Wettbewerben initiiert und in dieser Weise praktische Handlungskompetenz vermittelt werden. Dies gilt zum Beispiel für die *Nacht der Jugend* oder *Dem Hass keine Chance*.

Die Durchführung von Projekten, Projektwochen und Kooperationen mit außerschulischen Trägern der Politischen Bildung werden jedoch in der PISA-Schule immer schwieriger: die dominante Kompetenzorientierung der Kernfächer verengt den (Zeit) Raum für *Demokratie lernen und leben* in der Schule.

Situation an der Oberschule:

Die 2010 durch die Senatorin für Bildung und Wissenschaft veröffentlichte Erlassversion des Bildungsplans für Oberschulen beschreibt nachfolgende Aufgaben und Ziele für den Lernbereich "Gesellschaft und Politik":

"Der Lernbereich Gesellschaft und Politik ist bestimmt durch drei Dimensionen: die historische, die geografische und die gesellschaftlich/wirtschaftlich-politische, die als eigenständige Fächer oder integriert unterrichtet werden. Diese leisten jeweils unterschiedliche, jedoch komplementäre Beiträge zu den Themenbereichen. Sie machen in je eigener Weise Zusammenhänge verständlich und nachvollziehbar. Über das integrierte Fach Gesellschaft und Politik sollen Schülerinnen und Schüler angemessene Zugänge zu komplexen Fragestellungen und Herausforderungen der Gestaltung von Gesellschaft, Umwelt und internationalen Beziehungen finden und Verständnis für die jeweiligen Entstehungsfaktoren entwickeln. Sie werden dafür qualifiziert, die eigene Verantwortung für die Lebensbedingungen der Menschen von heute und zukünftiger Generationen zu erkennen und zu übernehmen. Sie verstehen sich selbst als einen Teil einer globalisierten Welt. Somit trägt das Fach zur Entwicklung von politischer Urteilsfähigkeit, demokratischer Orientierung und Handlungskompetenz im Sinne von demokratischer Teilhabe bei." (Die Senatorin für Bildung und Wissenschaft (Hg.), Gesellschaft und Politik, Bildungsplan für die Oberschule, 2010, 5)

Grundsätzlich ist angesichts komplexer gesellschaftlicher Fragestellungen ein curricular verankerter fächerübergreifender Ansatz, der die Voraussetzungen zu Projektunterricht schafft, eine sinnvolle Weiterentwicklung der vorher bestehenden Vorgaben. Allerdings fallen Zielvorstellungen und Unterrichtspraxis weit auseinander.

Befunde der Universität Bremen belegen:

- Es ist der Regelfall, dass im Lernfeld „Gesellschaft und Politik“ dauerhaft nur eine der drei Fachdimensionen unterrichtet wird. In den meisten Fällen ist dies die historische Dimension.

- Anders als im Rahmenplan vorgesehen, werden die drei Dimensionen nicht in integrativen Ansätzen im schulinternen Curriculum verwirklicht, noch wird dies von der Schulbehörde gefördert.
- An vielen Schulen ist keine Lehrperson mehr mit der Ausbildung im Lehramt Politik vertreten. Die gesellschaftlich/wirtschaftlich-politische Dimension des Lernfelds „Gesellschaft und Politik“ muss daher an diesen Schulen dauerhaft fachfremd unterrichtet werden.

#### Situation am Gymnasium:

Nach wie vor ist das Fach Politik in der Sekundarstufe I des Gymnasiums unterrepräsentiert. Das integrative Fach WeltUmweltkunde wird nur in den Klassenstufen 5 und 6 unterrichtet, wobei Politik eine von drei Dimensionen ist. Schüler\_innen, die das Gymnasium nach der Sekundarstufe I verlassen, sind in ihrer Schullaufbahn verlässlich nur im neunten Jahr in Politik unterrichtet worden.

#### Situation an berufsbildenden Schulen:

Vor allem in der dualen Ausbildung bereitet der Politikunterricht, wie andere Unterrichtsfächer auch, auf Abschlussprüfungen vor, die in der Regel durch Wissensabfragen gekennzeichnet sind. Für einen Unterricht, der zu Reflexionsfähigkeit und Kritikfähigkeit führt, bleibt wenig Raum. Zum Teil werden in den schulinternen Curricula Fachinhalte aus den Fächern Recht, Betriebswirtschaft und Wirtschaft in das Politikcurriculum verschoben, ohne dass unter politikdidaktischer Perspektive integratives und projektorientiertes Lernen verankert wird.

Problematisch ist in diesem Zusammenhang ebenfalls der Einsatz von Fachlehrer\_innen für Wirtschaft, Betriebswirtschaft oder Recht oder von Seiteneinsteiger\_innen ohne fundierte Ausbildung im Fach Politik.

In der Summe führt die aktuelle Praxis dazu, dass es dem Zufall der Schulwahl/-zuteilung unterliegt, ob Schüler\_innen in ihrer Laufbahn Politikunterricht erhalten. Die Wahrscheinlichkeit, in der gesamten Schullaufbahn keinem entsprechenden Angebot zu begegnen, ist hoch.

#### **Mit Blick auf die gegenwärtige Praxis der politischen Bildung an Bremer Schulen ergeben sich folgende Forderungen:**

- Generell sollte die Verantwortung für die praktische Ausgestaltung des Lernfelds „Gesellschaft und Politik“ nicht allein der Schulpraxis überlassen werden.

- Die erste und zweite Phase der Lehrerausbildung sowie die Fort- und Weiterbildung sollte mit Blick auf die fachintegrativen und fachdifferenzierenden Anforderungen des Lernfelds "Gesellschaft und Politik" ganzheitlich konzipiert werden.
- Die Schulen sollten entsprechend der drei Fachdimensionen des Lernfelds "Gesellschaft und Politik" angemessen ausgestattet sein.
- "Politik" sollte im Rahmenplan des Gymnasiums in jedem Jahrgang mit mindestens zwei Stunden verankert sein.
- Lehrer\_innen an berufsbildenden Schulen für das Fach Politik sollten fachliche Mindeststandards aufweisen.
- Für Querschnittsprojekte sollten in den Curricula genügend Zeiträume vorgesehen sein.

### **Verschlechterte Rahmenbedingungen für die politische Erwachsenenbildung**

Der Bremische Gesetzgeber hielt bei der letzten Novellierung des Weiterbildungsgesetzes (BremWBG) in der 17. Wahlperiode daran fest, sehr präzise die „Öffentliche Verantwortung“ in der Weiterbildung normativ zu beschreiben. Die politische Bildung soll demnach nicht nur Menschen dabei unterstützen, sich an den Status Quo anzupassen und ihre Beschäftigungsfähigkeit zu erhalten. Sie soll Fähigkeiten vermitteln,

- die gesellschaftliche Wirklichkeit und die eigene Stellung in ihr nicht nur zu begreifen, sondern auch verändern zu können (§ 2.1.)
- berufliche Qualifikationen nicht nur zu erwerben und weiterzuentwickeln, sondern auch in ihrer gesellschaftlichen Bedeutung zu bewerten (§ 2.2.)
- geschlechtliche, soziale oder kulturelle Ungleichheiten zu überwinden (§ 2.3.)
- an der Entwicklung einer aktiven Bürgergesellschaft mitzuarbeiten (§ 2.4.)
- am Prozess nicht nur der europäischen, sondern auch der internationalen Integration mitzuwirken (§ 2.5.)
- und ökologische Verantwortung für die Zukunft zu übernehmen (§ 2.6.).

Die Förderung des sozialen Zusammenhalts und die Sicherung der Teilhabe an der Gesellschaft sowie die Wahrnehmung der Bürgerrechte sind neu in das Gesetz eingeschrieben worden. In § 2.4.

ist neben die Mitarbeit an der Verwirklichung der Ziele der Landesverfassung und des Grundgesetzes die Entwicklung einer aktiven Bürgergesellschaft getreten.

Die politische Zielsetzung fordert damit die Weiterbildungseinrichtungen auf, selbst etwas herzustellen, was bisher eine Voraussetzung von Weiterbildung war, nämlich eine debattierende und handelnde politische Öffentlichkeit.

Die politische Erwachsenenbildung zeichnet sich durch eine Vielfalt von Institutionen, Strukturen und Adressatengruppen aus. Obwohl die Ausstattung der Bremischen Weiterbildung mit öffentlichen Mitteln in den letzten Jahrzehnten kontinuierlich weiter eingeschränkt wurde, ist es bisher gelungen, nicht zuletzt durch das Instrument des Bildungsurlaubs, ein qualitativ gutes Regelangebot im Lande Bremen zu erhalten. Die Weiterbildung überwindet dabei Hemmnisse der Bildungsteilnahme bedingt durch neue Freizeit-, Konsum- und Arbeitsstrukturen von traditionellen Teilnehmergruppen. Die Kürzungen öffentlicher Mittel wurden unter anderem durch Einsparungen und durch erhöhte Teilnahmegebühren aufgefangen. Die Herausforderung der kommenden Jahre liegt darin, das Angebot für traditionelle Teilnehmende zu erhalten und gleichzeitig weitere benachteiligte Gruppen mit Weiterbildung anzusprechen. Innovativen Formen der Bildungsarbeit sind jedoch bei den derzeitigen Strukturen und Rahmenbedingungen enge Grenzen gesetzt. Um Zugang zu sozialen Räumen zu finden, die von verfestigter Langzeitarbeitslosigkeit und prekären Lebenssituationen oder mit Erfahrungen von Flucht und Entwurzelung geprägt sind, bedarf es zusätzlicher Strukturen, trägerübergreifender Zusammenarbeit und ausgebauter Netzwerke zwischen Weiterbildungseinrichtungen und sozialräumlichen Akteuren auf der Basis einer besseren Mittelausstattung.

Fördermittel für politische Bildung sind jedoch nicht nur auf Bundesebene, sondern insbesondere auch auf Landesebene drastisch gekürzt worden. Der jährliche Förderrahmen nach dem Weiterbildungsgesetz wurde in den letzten zehn Jahren um mehr als ein Drittel auf 1,4 Millionen Euro gekürzt. Von diesen Mitteln ist neben der nach dem BremWBG anerkannten allgemeinen und beruflichen Weiterbildung insbesondere auch die politische Bildung abhängig. So werden etwa 60 % der Teilnehmenden an allen Bildungsmaßnahmen der Politischen Erwachsenenbildung im Land Bremen im Bildungsurlaub erreicht, aber nur 26 % der Teilnehmenden an beruflicher und 16 % der Teilnehmenden an allgemeiner Bildung.

Neben dem wichtigen Regelangebot konnten in der Vergangenheit innovative und trägerübergreifende Projekte der Politischen Bildung, wie das Bremer Netzwerk XENOS, aus

Drittmitteln umgesetzt werden. Schwerpunktmittel nach dem BremWBG standen jedoch in den vergangenen Jahren nicht mehr zur Verfügung. Erst im Jahr 2015 wurden aus den frei werdenden BAFöG-Mitteln erstmalig wieder Schwerpunktmittel vom Land vergeben. Die Bewilligung der Mittel für die kommenden Jahre steht allerdings noch auf dem Prüfstand. Das erschwert den Aufbau verlässlicher Netzwerke und Bildungsstrukturen, die unerlässlich sind, um insbesondere Bevölkerungsgruppen zu erreichen, deren politische Teilhabe gefährdet ist.

**Aus dieser Aufgabenstellung ergeben sich folgende Forderungen für eine bessere Ausstattung der Politischen Erwachsenenbildung:**

- Eine Mindestausstattung von 2 Millionen Euro für die Institutionelle und Programmförderung nach dem Bremischen Weiterbildungsgesetz und eine den Zielen des BremWBG angemessene Verteilung der Fördermittel.
- Im Jahr 2015 sind erstmals wieder Schwerpunktmittel vom Land für innovative Projekte bewilligt worden. Diese Mittel sollten aufgestockt und verstetigt werden, um innovative, didaktisch und methodisch vielfältige Projekte umzusetzen, in denen verschiedene gesellschaftliche Akteure kooperieren und benachteiligte Gruppen erreicht werden. Nur wenn Bildungsprojekte über längere Zeiträume kontinuierlich gestaltet werden, kann politische Bildung in eine Stadtgesellschaft hineinwirken und produktiv werden.

## **Forum Politische Bildung**

Das Forum Politische Bildung setzt sich derzeit aus folgenden verschiedenen Akteuren der Politischen Bildungsarbeit zusammen:

- Bildungsvereinigung Arbeit und Leben Bremen e.V., Ansprechpartner: Willi Derbogen
- Bildungsgemeinschaft Arbeit und Leben Bremerhaven e.V., Ansprechpartnerin: Annette Knobbe
- Bremer Volkshochschule, Ansprechpartner: Andreas Ebert
- Evangelisches Bildungswerk Bremen, Ansprechpartner: Dieter Niermann
- Landesverband Bremen der Deutschen Vereinigung für politische Bildung, Ansprechpartner\_in: Prof. Dr. Andreas Klee und Regina Piontek
- Landeszentrale für Politische Bildung, Ansprechpartner: Dr. Thomas Köcher
- Volkshochschule Bremerhaven, Ansprechpartnerin: Jutta Redlich
- Wirtschafts- und Sozialakademie der Arbeitnehmerkammer Bremen, Ansprechpartner: Christoph Simon
- Zentrum für Arbeit und Politik, Universität Bremen, Ansprechpartner: Prof. Dr. Andreas Klee